Verpflichtungserklärung

Landbell AG, Rheinstraße 4 L, 55116 Mainz, vertreten durch den Vorstand

- Landbell -

verpflichtet sich gegenüber der

Stadt Heidelberg, Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

- öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger -

rechtsverbindlich wie folgt:

1. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger hat mit der DSD AG (vormals DSD GmbH) das zur Zeit bestehende System gemäß § 6 Abs. 3 VerpackV abgestimmt (sogenanntes Hauptsystem).

Landbell bemüht sich zur Zeit um eine Feststellung gemäß § 6 Abs. 3 VerpackV in Baden-Württemberg

2. Für die Rechtsbeziehungen zwischen dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und DSD AG sind folgende Vereinbarungen bzw. anderweitige Regelungen maßgebend:
 - a) Abstimmungsvereinbarung vom 30.01./26.02.2003.
 - b) Vereinbarung über die Kostenbeteiligung an Abfallberatung und Stellflächen von Sammelgroßbehältern vom 02.10./17.10.2003.
 - c) Vereinbarung über die Mitbenutzung von Wertstoffhöfen vom 18.08./30.08.2004.

Landbell bestätigt, dass ihr diese Unterlagen vorliegen.

Landbell erklärt ausdrücklich, dass die dort geregelten Pflichten auch ihr gegenüber gelten soweit in dieser Verpflichtungserklärung nichts anderes geregelt ist. Dasselbe gilt auch für eventuelle künftige Regelungen mit der DSD AG.

3. Landbell verpflichtet sich, die mit der DSD AG vereinbarten und bisher von dieser allein geschuldeten Nebenentgelte gemäß § 6 Abs.3 Satz 10 VerpackV anteilig zu übernehmen. Ihr Anteil bestimmt sich nach dem Anteil der an ihrem System beteiligten Verpackungen an der Gesamtmenge der gemäß § 6 Abs. 3 VerpackV freigestellten Verpackungen (Lizenzmenge).

...

4. Landbell weist diesen Anteil jeweils zum 1. Mai des Folgejahres gegenüber dem Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg nach.

Die Auszahlung der anteiligen Nebenentgelte erfolgt analog der in der Abstimmungsvereinbarung oder in anderweitigen Regelungen festgelegten Termine nach Rechnungsstellung.

Mehr- oder Minderentgelte des vorausgegangenen Jahres werden mit der zum 1. Oktober fälligen Abschlagszahlung verrechnet.

5. Der Anteil wird nach Fertigstellung gemäß § 6 Abs. 3 Satz 13 VerpackV zu Beginn der operativen Tätigkeit zunächst auf der Basis der dann bestehenden Lizenzmenge bestimmt. Die Anpassung erfolgt zum 1. Oktober eines jeden Jahres, Landbell weist die im ersten Halbjahr eingetretenen Veränderungen jeweils bis zum 1. August gegenüber dem Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg nach.
6. Die jeweiligen Daten werden von einem Wirtschaftsprüfer testiert.

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg übermittelt die Daten an den Landkreistag Baden-Württemberg und den Städtetag Baden-Württemberg.

7. Landbell verpflichtet sich, unverzüglich Verhandlungen mit den anderen Systembetreibern mit dem Ziel der Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens (Einrichtung einer Clearingstelle aller Systeme gemäß § 6 Abs. 3 VerpackV oder Einigung auf anderer Weise) aufzunehmen. Alternativ stimmt Landbell einer Abtretung der Forderung gemäß § 6 Abs. 3 Satz 10 VerpackV des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger an den Hauptsystembetreiber zu.
8. Wesentliche Änderungen oder Ergänzungen des Systembetriebs werden mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erneut abgestimmt.
9. Der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger ist berechtigt, sich auch mit weiteren Systembetreibern gemäß § 6 Abs. 3 VerpackV abzustimmen.

Mainz, den _____

(Landbell AG)